

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadt
Lüdenscheid**

am 29.05.2006

im Violetten Saal des Kulturhauses, Freiherr-vom-Stein-Straße 9

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der CDU-Fraktion:

Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsfrau Ulrike Kopp	CDU	für Ratsherrn Adam
Ratsherr Marcus Kühnel	CDU	für Ratsherrn Fröhling
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU	
Ratsherr Stefan Pietzner	CDU	
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Ratsfrau Marianne Weber	CDU	für Ratsherrn Schulte

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Ingo Diller	SPD
Ratsfrau Eveline Haue	SPD
Ratsherr Harald Metzger	SPD
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Jens Voß	SPD

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Hermann Morisse	Grüne
--------------------------	-------

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Bruno Schwarz	FDP
------------------------	-----

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe	LL
---------------------------	----

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL
----------------------------	-----

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Herr Michael Walker
Herr Hans-Jürgen Badziura

Schriftführung:

Frau Ulrike Ehart

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam	CDU
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU
Ratsherr Bernd Schulte - MdL	CDU

Beginn: 16:22 Uhr

Ende: 18:47 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

1.1. Zustände Werdohler Straße

Bürgermeister Dzewas erteilt Herrn Hans Joachim Welzholz das Wort, der seine schriftliche Anfrage verliest, die der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt ist.

In seiner Beantwortung weist Beigeordneter Theissen darauf hin, dass hier sowohl Belange des Baugenehmigungsverfahrens als auch der gaststättenrechtlichen Erlaubnis berührt werden. Er erläutert, dass der Baugenehmigungsantrag seit längerer Zeit vorliege, aber noch nicht abschließend bearbeitet sei. Daher sei zu überlegen, wie das Gebot zur Rücksichtnahme gegenüber der Nachbarschaft in die Genehmigung einfließen könne. In der gaststättenrechtlichen Erlaubnis werde vermerkt, dass eine Abluftreinigungsanlage mit einer entsprechenden Entlüftung eingebaut werden müsse, damit eine Belästigung der Anwohner nicht stattfindet. Des Weiteren habe die Stadtstreife mehrfach zwischen 20.45 Uhr und 22 Uhr in diesem Bereich Kontrollen durchgeführt, ohne Negatives zu bemerken; die Bautätigkeiten wurden untersagt. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben seien die Erlaubnisse zu erteilen, allerdings mit den geschilderten Auflagen.

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass alles getan werde was möglich sei, aber aufgrund der rechtlichen Bedingungen seien der Verwaltung die Hände gebunden.

2. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006 **Vorlage: 321/2005**

2.1. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006; 1. Ergänzung **Vorlage: 321/2005/1**

3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2006 (einschl. Haushaltssicherungskonzept) **Vorlage: 073/2006**

4. Finanzplanung 2005 - 2009, Investitionsprogramm 2007 - 2009 **Vorlage: 074/2006**

Bürgermeister Dzewas stellt fest, dass keine Bedenken erhoben werden, dass aufgrund des sachlichen Zusammenhangs eine gemeinsame Behandlung der TOP 2.) bis 4.) erfolgt. Er weist darauf hin, dass zwei Änderungslisten und das Haushaltssicherungskonzept mit Schreiben vom 24.05.2006 bereits zugegangen sind. Er informiert, dass ein gemeinsamer

Antrag der Fraktionen Lüdenscheider Liste, CDU und FDP als Tischvorlage vorliegt, der dem Original der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt ist.

Ratsfrau Gabler weist darauf hin, dass in der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Beteiligung, Organisation und Finanzentwicklung vom 30.03.2006 ein mehrere Punkte umfassender Antrag der CDU-Fraktion nicht protokolliert worden sei. Deshalb werde sie drei der Anträge in der heutigen Sitzung wiederholen, mit der Bitte, diese in die Niederschrift aufzunehmen, damit der Wortlaut der Anträge protokolliert sei.

1. Fehlbelegerabgabe:

Die CDU hat beantragt, an die Stellen der Fehlbelegerabgabe einen kw-Vermerk zu setzen. Dann sei besprochen worden, dass die gesetzliche Grundlage noch nicht entfallen sei. Stadtkämmerer Blasweiler erläutert, dass in der Abteilung Wohnungsbauförderung zum einen die Fehlbelegerabgabe und zum anderen die Wohnungsbauförderung bearbeitet werde. Zum Zeitpunkt der Antragstellung waren beide Punkte von der Landespolitik noch nicht entschieden. Inzwischen sei im Hinblick auf die Fehlbelegerabgabe in zweiter Lesung das Gesetz verabschiedet worden, aber es sei noch nicht veröffentlicht und daher noch nicht in Kraft getreten. Die Wohnungsbauförderung solle in diesem Jahr auch noch entschieden werden, sodass im Laufe des kommenden Jahres hier Änderungen zu erwarten seien. Werde die Fehlbelegerabgabe tatsächlich komplett abgebaut, würden die Sachbearbeiter in den Personalpool überführt. Über diese Entwicklung werde dann im BOFi regelmäßig berichtet. Bürgermeister Dzewas hält fest, dass kw-Vermerke hinter den Stellen angebracht werden, die mit der gerade geschilderten Aufgabe versehen sind, wobei die Realisierung dieser kw-Vermerke natürlich erst in Frage kämen, wenn die Aufgabe tatsächlich wegfalle.

2. Gutachterausschuss:

In Ergänzung des Auftrages an die Verwaltung, die Auflösung des Gutachterausschusses im Wege einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Märkischen Kreis unter Kostengesichtspunkten zu prüfen, wird die Verwaltung beauftragt, den Ausschuss unmittelbar zu informieren, wenn Stellen im Bereich dieser Organisationseinheit frei werden und die Wiederbesetzung so lange zu blockieren, bis entschieden ist, ob diese Stellen zukünftig eingespart werden können.

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass im BOFi dieser Antrag einstimmig angenommen worden sei.

3. Personalkosteneinsparungen:

Das Einsparziel sei nicht protokolliert, im Protokoll stehe „das 5 % der bereinigten Personalkosten auf Basis des Jahres 2005 bis zum Jahr 2010 eingespart werden sollen.“ Hier fehle, dass es ca. 1,3 Mio. seien, damit man auch eine Summe habe

Bürgermeister Dzewas hält fest, dass die Ergänzungen im Ausschuss unstrittig seien.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, stellt Bürgermeister Dzewas die Vorlage 321/2005/1 zur Abstimmung und der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst nachfolgenden

Beschluss:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006 wird beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Enthaltungen: 1

Nun eröffnet Bürgermeister Dzewas die Aussprache zum Haushalt 2006, dem Haushaltssicherungskonzept und den entsprechenden Änderungslisten. Zunächst bittet er um Wortmeldungen zum vorliegenden gemeinsamen Antrag von LL, CDU und FDP-Fraktion, der dem Original der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion schlägt Ratsherr Morisse vor, die generelle Einsparung von 10 % bei allen Haushaltsstellen dahingehend umzuwandeln, die Verwaltung zu verpflichten, bei allen disponiblen Ausgaben insgesamt 130.000 € einzusparen und die Ausschüsse zu unterrichten. Auch solle fraktionsübergreifend bis zur Sitzung des Rates besprochen werden, die Gewerbesteuer in dem Rahmen zu erhöhen, wie der Arbeitgeberverband angeboten habe. Ratsherr Metzger betont, es müssten nicht nur die Ausgaben verringert, sondern auch die Einnahmeseite verbessert werden. Er unterstreicht die Position seiner Partei, den Gewerbesteuersatz um 8 Prozent anzuheben und auch die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B um 15 Prozent zu beschließen. Ratsfrau Linnepe verweist darauf, dass der vorliegende Antrag nach Rücksprache mit der Verwaltung formuliert worden sei. Über die Schwierigkeiten bei der Umsetzung sei nichts gesagt worden. Im weiteren Verlauf der Aussprache teilt Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer mit, dass die CDU dem entbürokratisierten Vorgehen in Bezug auf die Einsparungen folgen könne, die Anhebung der Hebesätze aber tabu sei. Ratsherr Schwarz erläutert, dass der Antrag schon „weichgespült“ sei, der ursprüngliche Antrag habe deutlichere Kürzungen vorgesehen. Ihm sei bei dieser Pauschalierung unwohl.

Ratsherr Metzger betont noch einmal, dass nicht nur die Ausgaben verringert, sondern auch die Einnahmeseite verbessert werden müsse. Daher beantrage er, sich dem Vorschlag von Ratsherrn Morisse anzuschließen und zu versuchen, bis zur Sitzung des Rates am 12.06. in interfraktionellen Gesprächen einen Konsens zu finden und dann dort auch abzustimmen.

Nach Wiederaufnahme der auf Antrag von Ratsfrau Gabler unterbrochenen Sitzung stellt Bürgermeister Dzewas zunächst den Antrag von Ratsherrn Metzger, die Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 3., 4. und 5. auf die Sitzung des Rates am 12.06. zu vertagen und noch einmal interfraktionelle Gespräche zu führen, zur Abstimmung. Diesem Antrag wird bei 7 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen nicht gefolgt.

Auch dem Antrag von Ratsherrn Schwarz, über den unveränderten gemeinsamen Antrag von CDU, LL und FDP abzustimmen, wird mit 2 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 7 Nein-Stimmen nicht gefolgt.

Der modifizierte Vorschlag in Punkt 2 des Antrags – Dem Kämmerer ist anheim gestellt, möglichst unbürokratisch zu verfahren - wird in der Abstimmung mit 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 7 Nein-Stimmen angenommen.

Nun stellt Bürgermeister Dzewas die Vorlage 073/2006 mit den durch den Antrag erforderlichen Änderungen zur Abstimmung und der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst nachfolgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 sowie das Haushaltssicherungskonzept

werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 6
Enthaltungen: 2

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss nachfolgenden

Beschluss:

Das Investitionsprogramm 2007 – 2009 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

**5. Hebesatzsatzung
Vorlage: 072/2006**

**5.1. Hebesatzsatzung; 1. Ergänzung
Vorlage: 072/2006/1**

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass die Vorlage 072/2006/1 mit Schreiben vom 24.05.2006 bereits zugegangen ist. Im Verlauf der sich anschließenden Diskussion beantragt Ratsherr Metzger, aufgrund der Belastungen durch Kreis und Land die auf die Stadt zukommen, die Erhöhung der Gewerbesteuer auf 440 %-Punkte. Ratsfrau Gabler weist darauf hin, dass ihre Fraktion darauf hingewiesen habe, keinen Realsteuererhebungen zuzustimmen. Sie könne sich nicht vorstellen, dass ihre Fraktion umschwenken werde. Stadtkämmerer Blasweiler führt aus, dass aufgrund der Erlasslage die Grundsteuer B, die in Lüdenscheid unterhalb des Landesdurchschnitts läge, um 15 %-Punkte angehoben werden müsse. Wenn diese Einnahmen leichtfertig ausgeschlagen würden, bliebe das Defizit wie es sei. Es würde auf die Zukunft angeschrieben und im nächsten Jahr müssten auch noch entsprechende Zinsen gezahlt werden.

Nach weiterer kurzer Aussprache stellt Bürgermeister Dzewas zunächst den Antrag von Ratsherrn Metzger, die Gewerbesteuer auf 440 % zu erhöhen, zur Abstimmung. Diesem Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen nicht gefolgt.

Nun stellt Bürgermeister Dzewas die Vorlage 072/2006/1 zur Abstimmung mit nachfolgendem

Beschluss:

Die dem Original der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügte Satzung über die Festsetzung

des Steuerhebesatzes der Grundsteuer B in der Stadt Lüdenscheid –Realsteuerhebesatz- satzung- wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 10

**6. Ermäßigung der Essengelder in den städtischen Tageseinrichtungen für Kinder
Vorlage: 051/2006**

Beschluss:

Mit Wirkung ab 01.08.2006 wird der Ratsbeschluss vom 14.12.1992 zur Sitzungsdrucksache 51/043/92 aufgehoben und folgende Neuregelung beschlossen:

1. Von Eltern, denen die sich aus der Elternbeitragszahlung ergebende Belastung nach § 90 Abs. 3 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) nicht zuzumuten ist, wird anstelle des vollen Essengeldes ein auf 80 % ermäßigtes Essengeld gefordert. Für Geschwisterkinder wird die Hälfte dieses Betrages gefordert.
2. Von Eltern, die Arbeitslosengeld II nach § 19 SGB II („Hartz-IV“) oder Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 28 SGB XII beziehen, wird anstelle des vollen Essengeldes ein Betrag in Höhe der häuslichen Ersparnis analog der Regelungen für die Offene Ganztagsgrundschule gefordert, dies sind derzeit 1,00 € pro Mahlzeit, und zwar auch für Geschwisterkinder.

Für Kinder, die in Tageseinrichtungen für Kinder freier Träger betreut werden, gelten dieselben Regelungen. Die Träger erhalten zugunsten der Eltern entsprechende Zuschüsse vom Jugendamt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Enthaltungen: 1

7. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

7.1. Genehmigung des Vermögenshaushaltes durch die Aufsichtsbehörde

Stadtkämmerer Blasweiler gibt bekannt, dass die der im März verabschiedete Vermögenshaushalt von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden sei. Der Märkische Kreis als Aufsichtsbehörde habe auch zugestimmt, die im Zusammenhang mit dem Umzug der Volkshochschule stehenden 260.000 Euro als rentierliche Maßnahme so einzuordnen, dass sie die Kategorienliste nicht belastet. Mit dieser Entscheidung sei der Stadt freigestellt, aus welcher Position innerhalb des Vermögenshaushaltes die Umzugskosten bestritten würden.

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

Keine.

8.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

8.3. Anfragen

8.3.1. Überführung der Kultureinrichtungen in eine Anstalt des öffentlichen Rechts

Ratsfrau Gabler möchte wissen, wie weit die Überlegungen in der Verwaltung sind, die Kultureinrichtungen der Stadt in eine Anstalt öffentlichen Rechts zu überführen?

Beigeordneter Theissen berichtet, dass es eine interne, aber nicht förmliche Arbeitsgruppe gebe, die sich mit dieser Thematik beschäftige. Ein Zwischenergebnis sei vor den Sommerferien aber nicht mehr zu erwarten.

8.3.2. Kosten für die Neugestaltung des Internetauftritts

Aufgrund der Umgestaltung des Internetauftritts der Stadt anlässlich der Behindertenolympiade fragt Ratsherr Schwarz nach den entstandenen Kosten.

Stadtkämmerer Blasweiler führt aus, dass er die Kosten nicht benennen könne. Die Anfrage werde entweder in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses oder anderweitig beantwortet.

Dzewas

Vorsitzender

Ehrt

Schriftführer